

# Bericht des Amtierenden Vorsitzes

## Das Ministerratstreffen von Madrid

- *Beschluss Nr. 1: Verlängerung des Mandats des OSZE-Medienbeauftragten*
  - *Beschluss Nr. 2: Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten*
  - *Beschluss Nr. 3: Für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen*
  - *Beschluss Nr. 4: Engagement der OSZE für Afghanistan*
  - *Beschluss Nr. 5: Öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus*
  - *Beschluss Nr. 6: Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen*
  - *Beschluss Nr. 7: Folgemaßnahmen zum Fünfzehnten Wirtschafts- und Umweltforum: Wasserwirtschaft*
  - *Beschluss Nr. 8: Bekämpfung des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften*
  - *Beschluss Nr. 9: Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet*
  - *Beschluss Nr. 10: Toleranz und Nichtdiskriminierung: Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander*
  - *Beschluss Nr. 11: OSZE-Vorsitz in den Jahren 2009, 2010 und 2011*
  - *Beschluss Nr. 12: Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE*
- 
- *Ministererklärung zu den Kooperationspartnern der OSZE*
  - *Ministererklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst*
  - *Ministererklärung über die Unterstützung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus*
  - *Madriider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit*

## **Bericht des amtierenden Vorsitzes**

„Als ich am 1. Januar mein Amt als Amtierender Vorsitzender antrat, nahm ich mir vor, die strategische Bedeutung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Bewältigung der komplexen Herausforderungen unserer Zeit herauszustreichen. Die OSZE soll ja Europa zu einem Raum des Friedens, der Sicherheit, der Freiheit und der Zusammenarbeit machen; im Zusammenwirken mit den Teilnehmerstaaten haben wir dieses Jahr auf dieses gemeinsame Ziel hingearbeitet.

Ich glaube fest daran, dass die Rolle der OSZE als Forum für den Dialog zwischen den 56 Teilnehmerstaaten eminent wichtig ist und mithilft, unsere Differenzen zu überwinden und Sicherheit für uns alle zu erreichen. Deshalb war es uns wichtig, dass heikle Fragen offen angesprochen werden, und wir weigerten uns standhaft, hitzigen Debatten aus dem Weg zu gehen – gleichgültig, wie wahrscheinlich ein Konsens schien. Wir sorgten für die Einführung der neuen 3-Ausschuss-Struktur des Ständigen Rates, die konzentriertere und thematisch besser gegliederte Debatten ermöglicht. Wir befassten uns auch mit brisanten aktuellen Fragen wie Terrorismus und den Bedrohungen der weltweiten Sicherheit, der Umwelterstörung und Intoleranz gegenüber Muslimen.

In der Folge wird näher auf das Erreichte eingegangen. Den Höhepunkt unserer Arbeit bildete das Ministerratstreffen von Madrid, bei dem wir uns wieder auf den rein politischen Charakter der Organisation besannen, worin wir unseren größten Erfolg sehen. Aller Wahrscheinlichkeit zum Trotz fanden wir eine Lösung in der Frage der künftigen Vorsitzführung in der OSZE für die Jahre 2009 bis 2011, die der Organisation größere Kontinuität sichert. Außerdem kamen wir überein, uns für Afghanistan, einen unserer Kooperationspartner, zu engagieren, und skizzierten neue Möglichkeiten für konkrete Aktivitäten der Organisation. Wir gaben eine *Erklärung zu Umwelt und Sicherheit* ab, in der wir auf den wichtigen Zusammenhang zwischen diesen beiden Themen hinwiesen, und wir verabschiedeten erstmals einen *Ministerbeschluss über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen*.“

2007

*Der Amtierende Vorsitzende*

*Miguel Ángel Moratinos*

## Die Ergebnisse des Madrider Ministerratstreffens

Der spanische Vorsitz nahm sich zu Jahresbeginn vor, das Treffen des Ministerrats wieder zu jener jährlichen Veranstaltung zu machen, in der die politische Richtung für die Arbeit der Organisation vorgegeben und die Tätigkeit der OSZE ins richtige Licht gerückt wird.

Mit diesem Ziel vor Augen traf der Vorsitz drei richtungweisende Entscheidungen. Erstens entwickelte er eine innovative, transparente und langfristige Methode für die Beschlussfassung auf dem Treffen. Dazu ermittelte er zu Beginn des Jahres in Form einer Befragung, welche politischen Themen nach Ansicht der Delegationen auf Ministerebene behandelt werden sollen. Dann erstellte er ein Arbeitsdokument mit dem Titel *Der Weg nach Madrid*, in dem diese Fragen näher ausgeführt wurden. Nach neuerlichen Konsultationen mit den Delegationen gab der Vorsitz zwei weitere Arbeitsdokumente heraus, in denen er über den Stand der Dinge auf dem Weg zum Konsens in diesen Fragen berichtete. Die neue 3-Ausschuss-Struktur des Ständigen Rates erwies sich in diesem Prozess als äußerst hilfreiches Befragungsinstrument.

Zweitens führte der Vorsitz eine Neuerung in Form eines Arbeitssessens der Minister zu mehreren Themen von politischem Interesse ein. Die 56 Minister bzw. ihre Vertreter führten klare und konstruktive Gespräche, insbesondere über den zukünftigen Status des Kosovo, im Rahmen der OSZE. Die meisten Teilnehmerstaaten bezeichneten diese Neuerung als einen der Glanzpunkte des Treffens.

Drittens bestand der Vorsitz darauf, dass sich die Teilnehmerstaaten den umstrittensten Problemen des Tages stellen, anstatt sie auszuklammern. So ergaben sich zu mehreren Themen klärende Diskussionen. Der Dialog bestätigte den Vorsitz in seiner Überzeugung, dass die OSZE die geeignetste Plattform für Diskussionen und Konsensbildung in Europa und über dessen Grenzen hinaus darstellt. Der Ministerrat erzielte auch in einer Reihe von Schlüsselbereichen wichtige Ergebnisse, von denen einige nachstehend ausführlich beschrieben werden.

### Die Vorsitzführung 2009, 2010 und 2011

Der Vorsitz landete einen diplomatischen Coup, als es ihm gelang, das Problem der künftigen Vorsitzführung zu lösen, das die Organisation viele Monate lang belastet hatte. Eine Entscheidung über die Bewerbung Kasachstans um den Vorsitz 2009 in der Organisation war vom Ministerratstreffen 2006 in Brüssel auf Madrid vertagt worden. Da die Organisation von einer Troika bestehend aus dem bisherigen, dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Vorsitz geleitet wird, musste diese Frage im Interesse der Kontinuität der Organisation unbedingt geklärt werden.

*„Eine positive Erledigung unserer Bewerbung um den Vorsitz im Jahr 2009 könnte die Modernisierung unseres Landes und der gesamten Region beschleunigen: Sie würde andere zentralasiatische Staaten ermutigen, den Weg der Liberalisierung zu gehen und ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme weiter zu öffnen.“*

– Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, Marat Taschin, am 30. April im Ständigen Rat

Nach dem sogenannten „spanischen Kompromiss“ wird Kasachstan als erster zentralasiatischer Staat und als erster Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion den Vorsitz in der Organisation übernehmen.

Die Minister einigten sich auf eine „Paketlösung“ für den Vorsitz in den Jahren 2009, 2010 und 2011. Nach Finnland 2008 werden Griechenland, Kasachstan und schließlich Litauen die Organisation leiten. Der Vorsitz dankte den drei Ländern für ihre Flexibilität, die eine Einigung möglich gemacht hatte, und beglückwünschte sie zu ihrer zukünftigen Rolle.

### **Engagement für Afghanistan**

Der Ministerrat kam in seinem *Beschluss Nr. 4* überein, das Engagement der OSZE für den Kooperationspartner Afghanistan zu verstärken, indem die Organisation insbesondere ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Sicherung und des Managements der Grenzen zwischen den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten der OSZE und Afghanistan intensivieren, Polizeibeamte ausbilden und den Kampf gegen den illegalen Drogenhandel unterstützen wird. Der *Beschluss* wurde als Reaktion auf ein entsprechendes Ersuchen Afghanistans vom September gefasst.

Der *Beschluss* unterstreicht nicht nur die Überzeugung des Vorsitzes, dass die Sicherheit Afghanistans von überragender Bedeutung für den OSZE-Raum ist, sondern eröffnet auch neue Tätigkeitsfelder für die OSZE.

Auf dem Ministerratstreffen wurde zwar auch die Sorge geäußert, die OSZE könnte sich angesichts ihrer knappen Mittel finanziell übernehmen, doch gelang in der endgültigen Formulierung des *Beschlusses* eine feine Abstimmung zwischen der Beschränkung des Umfangs der nun eingegangenen Verpflichtungen und der Möglichkeit, in Zukunft eine Ausweitung der Aktivitäten zu beschließen, falls eine solche gewünscht wird.

Im November begann die OSZE mit einem Schulungsprojekt für afghanische Drogenfahnder.

### **Umwelt**

Ein weiteres erfreuliches Ergebnis des Ministerratstreffens – selbst eine CO<sub>2</sub>-neutrale Veranstaltung – war eine Reihe wichtiger Beschlüsse zur Umweltsicherheit.

Mit der *Madriдер Erklärung zu Umwelt und Sicherheit* setzten die Minister einen entscheidenden Schritt, indem sie den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Umwelt, den die OSZE seit der Schlussakte von Helsinki immer wieder betont, in den Mittelpunkt der Programmaktivitäten der Organisation rückten.

Die Minister stellten fest, dass die Schädigung der Umwelt Migrationsdruck erzeugen und zu Konflikten beitragen könne. Der Klimawandel sei geeignet, die Herausforderungen im Umweltbereich zu vergrößern. Die Zusammenarbeit in Umweltfragen und die Förderung der Frühwarnung könnten hingegen mithelfen, Spannungen abzubauen. Die OSZE verfüge über das nötige Potenzial, um ihre Zusammenarbeit im Umwelt-

bereich mit anderen einschlägig tätigen internationalen Organisationen auszuweiten und zu vertiefen.

Das Engagement der OSZE für eines der drängendsten weltweiten Probleme, den Klimawandel, eröffnet der Organisation – vor allem im Hinblick auf ihren innovativen Ansatz – vielversprechende neue Tätigkeitsbereiche.

Die Minister fassten auch einen *Beschluss* über Wasserwirtschaft, womit zum ersten Mal eine Einigung der Teilnehmerstaaten in dieser Frage erreicht wurde. Im *Beschluss Nr. 7* forderten die Minister zu verstärkter Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa auf und legten den Teilnehmerstaaten nahe, die Ratifikation wichtiger bestehender internationaler Verträge in Erwägung zu ziehen.

### **Beschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus**

Die Minister stellten einen innovativen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Terrorismus zusammen, mit dem sie einem weiteren Tätigkeitsschwerpunkt des Vorsitzes entsprachen. Sie gaben eine Erklärung über die Unterstützung der *Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus* ab und fassten zwei *Beschlüsse*.

*Beschluss Nr. 5* betrifft öffentlich-private Partnerschaften, die einen neuen Ansatzpunkt im Kampf gegen den Terrorismus bilden sollen. Die Minister beauftragten den Generalsekretär und die OSZE-Institutionen, die Einbindung des privaten Sektors in entsprechende Aktivitäten zur Bekämpfung des Terrorismus weiter zu fördern, eine Folgekonferenz über Partnerschaften 2008 in Wien zu koordinieren und die Teilnehmerstaaten sowie die OSZE-Kooperationspartner zu einem Austausch von Informationen und bewährten Praktiken in diesem Bereich einzuladen.

*Beschluss Nr. 6* befasst sich mit dem Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Anschlägen. Die Minister appellierten an die Teilnehmerstaaten, sowohl auf innerstaatlicher Ebene als auch auf dem Wege der Zusammenarbeit für den adäquaten Schutz kritischer Energieinfrastruktur zu sorgen. Sie ersuchten den Generalsekretär, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen, etwa der Internationalen Atomenergie-Organisation, zu prüfen.

### **Beschlüsse zur Bekämpfung des Menschenhandels, der Ausbeutung von Kindern sowie über Toleranz und Nichtdiskriminierung**

Die Minister fassten drei *Beschlüsse* zur Verteidigung grundlegender Menschenrechte, darunter einer über die *Bekämpfung des Menschenhandels für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften* und ein weiterer über die *Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet*.

Der *Beschluss über die Bekämpfung des Menschenhandels* war der erste *Beschluss* eines OSZE-Ministerrats, der sich ausschließlich mit Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften befasst. Darin werden die Teilnehmerstaaten aufgefordert, Maßnahmen gegen diese Form des Menschenhandels zu ergreifen, etwa durch Hilfeleistung für die Opfer, verbesserte Verfahren zur Identifizierung der Opfer

und wirksame Strafen für Personen, die dem Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften Vorschub leisten, darunter auch ausbeuterische Arbeitgeber.

Im zweiten *Beschluss* wird den Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, empfohlen, eine Reihe von Maßnahmen gegen dieses Verbrechen zu ergreifen, etwa verstärkt Daten zu sammeln und Forschung zu dieser Frage zu betreiben oder Hotlines für die Meldung von Kindesmissbrauch, auch in Form von sexueller Ausbeutung, einzurichten. Der *Beschluss* verpflichtet die OSZE, verstärkt in diesem Bereich tätig zu werden, indem sie den Staaten bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen behilflich ist. Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten der Organisation wird überdies ein Forum für Experten und eine Website einrichten und 2008 einen Online-Workshop zu diesem Thema veranstalten.

Im *Beschluss Nr. 10 über Toleranz und Nichtdiskriminierung: Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* wird die jeweils spezielle Ausprägung der verschiedenen Formen von Intoleranz, etwa auch der Intoleranz gegenüber Staatenlosen, anerkannt, gleichzeitig aber auch festgestellt, dass ein umfassender Ansatz von größter Wichtigkeit ist. Neben einigen anderen Maßnahmen ermutigt der *Beschluss* zur Förderung von Bildungsprogrammen in den Teilnehmerstaaten, um Jugendlichen den Wert der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander bewusst zu machen. Die Minister regten ferner an, die OSZE möge in Zukunft die Abhaltung von Konferenzen auf politischer Ebene erwägen, gegebenenfalls in regelmäßigen Zeitabständen, und 2008 Implementierungstreffen veranstalten. Die Minister beschlossenen überdies, einen angemessenen Beitrag der OSZE zur Implementierungsphase der Empfehlungen der Hocharangigen Gruppe der Allianz der Zivilisationen zu prüfen. Sie nahmen in diesem *Beschluss* Kenntnis von den *Leitsätzen von Toledo für die Lehre von Religion und Glauben an öffentlichen Schulen*, die am Rande des Madrider Ministerratstreffens vorgestellt wurden.

### **Erklärung zu den Kooperationspartnern der OSZE**

In dieser *Erklärung* verwiesen die Minister neuerlich auf die Verflechtung zwischen der Sicherheit im OSZE-Raum und jener der Kooperationspartner und sie ermutigten zu weiteren Bemühungen um eine Vertiefung der Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern und den Teilnehmerstaaten.

### ***Die Bedeutung des Dialogs***

*Es liegt im Wesen einer gesunden Debatte, dass es nicht in allen Punkten zu einer Einigung kommt. Das galt für den Ministerrat in Madrid ebenso wie für andere wichtige politische Treffen. Mehrere Themen entfachten vehemente Auseinandersetzungen. Da sich der spanische Vorsitz jedoch die Erneuerung eines offenen Gedankenaustauschs zum Ziel gesetzt hat, sollte man darin eine Bekräftigung des Bekenntnisses der OSZE zum Dialog und eine Bestätigung des Werts der OSZE als diesbezügliches Forum sehen. Der Vorsitz betrachtete es als ermutigendes Zeichen, dass alle diese Verhandlungen bis zum Ende des Treffens fortgesetzt werden konnten. In einigen Fragen schien eine Einigung zwischen den Teilnehmerstaaten in greifbare Nähe zu rücken.*

### **Ministererklärung**

*Der Vorsitz bemühte sich nach Kräften, die erste allgemeine politische Ministererklärung seit 2002 zustande zu bringen, doch verhinderten, wie viele erwartet hatten, die in mehreren Schlüsselfragen bestehenden Auffassungsunterschiede zwischen den Teilnehmerstaaten den Konsens. Der Rat befasste sich mit den eingefrorenen Konflikten in der Region. Er gab eine Erklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, d. h. zum Konflikt um Berg-Karabach, ab, war aber nicht in der Lage, sich auf Erklärungen zu Moldau oder Georgien zu einigen.*

### **Der Rechtsstatus der OSZE**

*Eine weitere wichtige Frage, in der kein Konsens erzielt wurde, war der Rechtsstatus der OSZE, der Teil der unablässigen Bemühungen der OSZE um mehr Wirksamkeit ist. In der Debatte kristallisierten sich zwei entgegengesetzte Standpunkte heraus: die Meinung, dass eine OSZE-Satzung oder -Charta erforderlich ist, und jene, dass eine solche nicht benötigt wird. Der Vorsitz bedauert, dass dadurch die hervorragende Arbeit der niederländischen Botschafterin Ida van Veldhuizen-Rothenbuecher und der Rechtsexpertengruppe an einem Übereinkommen, in dem die Vorrechte und Immunitäten der Personalangehörigen der OSZE im Detail aufgeführt sind, nicht die gebührende Anerkennung fand. Dennoch war die Kontinuität ihrer Arbeit gewährleistet, da das Übereinkommen der Ministererklärung des Amtierenden Vorsitzenden abgeschlossen wurde.*

### **Beschlussentwürfe**

*Auch zu den Beschlussentwürfen über Menschenrechtsverteidiger bzw. über wirksame Mitsprache sowie in der Frage der Wahlbeobachtung kam kein Konsens zustande.*

*Nach Ansicht des Vorsitzes bedürfen diese Themen weiterer Erörterungen, wobei allerdings bestehende Verpflichtungen nicht aufgeweicht werden dürfen.*

*Auch der Entwurf einer Ministererklärung zum 75. Jahrestag des Holodomor von 1932/1933 in der Ukraine fand keinen Konsens. 32 OSZE-Teilnehmerstaaten unterstützten jedoch eine eigene Erklärung zu diesem Thema.*

### **Womit sich der Vorsitz befasste**

Der Amtierende Vorsitz nahm die Arbeit zu der vom Ministerrat 2006 geforderten Erhöhung der Wirksamkeit der Organisation in Angriff. Er erstellte drei Arbeitsdokumente, in denen die Fortschritte des Jahres bewertet und Vorschläge für weitere Verbesserungen gemacht wurden.

Der Bericht *Food-for-Thought on the Review of the Implementation of Ministerial Council 2006 Decision on the Improvement of the Consultative Process* setzte sich mit der Leistungsfähigkeit der 3-Ausschuss-Struktur des Ständigen Rates auseinander.

In *Food-for-Thought on the Participation of NGOs in OSCE Events* verglich der Vorsitz die OSZE-Praxis mit jener der Vereinten Nationen und des Europarates. Er machte Vorschläge für präzisere Regeln für die Teilnahme von NROs unter

Beachtung der in den einschlägigen Dokumenten der Organisation vorgesehenen Öffnung für NROs.

In *Food-for-Thought on Implementation of Existing Commitments* schließlich erörterte der Vorsitz die Überprüfung der Umsetzung vereinbarter Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten, wie dies das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in seinem Bericht *Common Responsibility: Commitments and Implementation* vorgeschlagen hatte.

### **Initiativen in politischen Krisen**

Der Amtierende Vorsitz muss geschickt agieren und auf politische Krisen reagieren, die in seiner Amtszeit entstehen.

**Ukraine.** Anfang April gab der Amtierende Vorsitz eine Erklärung ab, in der er an alle Seiten in der Ukraine appellierte, eine rasche Lösung für die politische Krise zu finden, die durch die Auflösung des Parlaments und die Ankündigung von Neuwahlen durch den Präsidenten entstanden war. Der Ministerpräsident war damit nicht einverstanden. Mehrere Parlamentsabgeordnete riefen den Verfassungsgerichtshof an, der die Rechtmäßigkeit des Erlasses prüfen sollte. Als Demonstranten zwei Wochen später in einen Verhandlungssaal des Verfassungsgerichtshofs in Kiew stürmten, äußerte der Amtierende Vorsitzende, der die Ereignisse aufmerksam beobachtete, seine tiefe Besorgnis.

Während sich die beiden führenden Politiker auf baldige Wahlen am 4. Mai einigten, hielten die Spannungen bis Monatsende an. Am 5. Juli traf der Amtierende Vorsitzende mit dem Präsidenten, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Außenminister der Ukraine zusammen, an die er die dringende Bitte richtete, im Vorfeld der am 30. September stattfindenden Parlamentswahlen für eine von politischer Reife und politischem Verantwortungsbewusstsein geprägte Atmosphäre zu sorgen. Er meinte weiter, die Ukraine könne sich keine weitere Verzögerung in der Verfassungs- und Wirtschaftsreform leisten.

Auf Einladung der Ukraine beobachtete das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte den Wahlgang. Es kam zu dem Schluss, dass die Wahl weitgehend den internationalen Verpflichtungen und Standards entsprochen hatte.

**Albanien.** Auf Ersuchen der politischen Parteien Albaniens entsandte der Amtierende Vorsitzende den Generaldirektor für Europa und Nordamerika im spanischen Außenministerium, Botschafter José Pons, mit dem Auftrag, bei der Suche nach einem Kompromiss behilflich zu sein, der die fristgerechte Abhaltung der Kommunalwahlen ermöglichen sollte.

Mithilfe der OSZE einigten sich die Parteien, und die Wahl fand am 18. Februar statt. Der Amtierende Vorsitzende unterstrich die Rolle, die die albanische Hauptwahlbehörde bei der Entwicklung der Wahlverfahren spielte. Er rief die albanischen Institutionen und politischen Parteien auf, auch weiterhin gemeinsam an der Wahlrechtsreform zu arbeiten, und ersuchte sie, die Empfehlungen des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte anzunehmen, um „sicherzustellen, dass Albanien ein zuverlässiges Wahlsystem erhält“.

## Ein Zeichen politischer Entschlossenheit

**Kroatien.** Die OSZE beschloss im Dezember auf Initiative des Amtierenden Vorsitzenden, ihre Mission in Kroatien nach 11 Jahren zu schließen, da Kroatien die meisten Punkte aus dem umfangreichen Mandat der Mission erfolgreich abgeschlossen hat.

*„Unsere Zusammenarbeit mit der OSZE war von größter Bedeutung für den Aufbau der Institutionen, die Bewältigung von Fragen des Übergangs und die Konsolidierung der demokratischen Rahmenbedingungen. Die OSZE spielte eine Schlüsselrolle in der Konfliktnachsorge in unserer Region ...“*

### – Kroatiens Ministerpräsident Ivo Sanader am 10. Juli im Ständigen Rat

Sie beschloss ferner, in dem Land in Form eines Büros in Zagreb weiter präsent zu bleiben und sich mit unerledigten Fragen im Zusammenhang mit den Kriegsverbrecherprozessen und den noch offenen Aspekten der Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme zu befassen.

„Die gute Zusammenarbeit der Mission mit der kroatischen Regierung sowie die Bemühungen und der Wille der Regierung, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, sind ein echter Erfolg, und ich möchte Kroatien zu seinen Leistungen beglückwünschen,“ sagte Botschafter Jorge Fuentes, Leiter der Mission in Kroatien.

**Kosovo.** Der Ständige Rat, der jeweils im Dezember entscheidet, ob die Mandate der einzelnen Feldoperationen für ein weiteres Jahr verlängert werden, beschloss, das Mandat der OSZE-Mission im Kosovo um nur einen Monat bis Ende Januar zu verlängern.

Am Ende dieses Zeitraums und danach an jedem Monatsende wird das Mandat um einen weiteren Monat verlängert, sofern kein Teilnehmerstaat beim Vorsitz des Ständigen Rates schriftlich Einwand erhebt.

Wenn das Mandat ausläuft, wird die Mission unverzüglich das Verfahren zu ihrer Schließung einleiten. Gleichzeitig werden Verhandlungen über die Bedingungen eines möglichen weiteren Engagements der OSZE im Kosovo beginnen.

Zu dem *Beschluss* wurden drei offizielle Stellungnahmen abgegeben. Die Europäische Union (EU) und mehrere andere Delegationen erklärten ihre nachdrückliche Unterstützung für die Fortsetzung des Engagements der OSZE im Kosovo. Sie betonten, sie hätten sich uneingeschränkt für eine Verlängerung des Mandats um ein volles Jahr ausgesprochen und dem *Beschluss* nur zugestimmt, um ein Auslaufen des Mandats am 1. Januar 2008 zu verhindern. Die Vereinigten Staaten schlossen sich der EU-Erklärung an. Sie fügten hinzu, sie hielten es für bedauerlich, dass zwei Teilnehmerstaaten auf dieser monatlichen Mandatsverlängerung bestanden hätten, wodurch jene Instanz gefährdet werde, die der stärkste Fürsprecher für die Minderheitenbevölkerung im Kosovo sei. Serbien stellte fest, dass die volle und korrekte Bezeichnung dieser Mission OSZE-Mission im Kosovo (Republik Serbien) lauten müsse.

*„Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auf dem Westbalkan alle dasselbe Ziel verfolgen: eine Lösung für den zukünftigen Status des Kosovo, die die demokratischen Werte und Institutionen stärkt, eine Lösung, die die wirtschaftliche Umgestaltung auf dem Westbalkan und die Sicherheitsarchitektur in ganz Europa fördert.“*

– Serbiens Minister für auswärtige Angelegenheiten, Vuk Jeremić, am 17. Juli im Ständigen Rat

***Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang I-B  
Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton***

*Aufgabe des Persönlichen Beauftragten ist es, den Parteien – Bosnien und Herzegowina, Montenegro, der Republik Kroatien und der Republik Serbien – bei der Erfüllung der Bestimmungen des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle des Dayton-Übereinkommens Hilfestellung zu leisten, etwa bei der Durchführung gegenseitiger Inspektionen militärischer Ausrüstung.*

*2007 führten die Parteien jeweils mit Unterstützung der OSZE-Assistenten insgesamt 20 Inspektionen durch, die auch diesmal wieder in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit und der Transparenz problemlos abliefen.*

*Alle Parteien des Übereinkommens arbeiteten weiter an der Umstrukturierung und Reorganisation ihrer Streitkräfte. Als Folge wurden wieder durch das Übereinkommen begrenzte Waffen freiwillig zerstört, sogar nachdem der Reduzierungszeitraum abgelaufen war.*

*Es wird erwartet, dass alle Parteien auch in Zukunft weitere Reduzierungen vornehmen werden. Im Zuge der Umsetzung des Übereinkommens bis Ende 2007 haben die Parteien ihren Bestand an schweren Waffen um nahezu 8900 Stück reduziert.*

*Dieses Jahr konnte der Persönliche Beauftragte die Parteien bei der Konsolidierung mehrerer wichtiger Veränderungen unterstützen. Ein wesentlicher Schritt bei der Übertragung der Rechte der Teilgebiete – Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska – an den Staat Bosnien und Herzegowina war die Schaffung eines einheitlichen Verifikationszentrums auf Staatsebene im April.*

*Nachdem Montenegro im Januar dem Übereinkommen als unabhängiger Staat beigetreten war, unterstützte der Persönliche Beauftragte Montenegro und die Republik Serbien bei der Aushandlung eines bilateralen Abkommens über die Grundsätze und Verfahren für die Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle, das am 6. Juli unterzeichnet wurde. Auf Ersuchen der Parteien arbeitete das Büro des Beauftragten anschließend eine formelle Abänderung des Abkommens aus, die die Aufteilung der Kontingente nach Artikel IV zwischen den beiden Parteien wiedergibt. Das Dokument wurde den Parteien zur Begutachtung zugeleitet und soll in der Folge auf Regierungsebene unterzeichnet werden und die jeweiligen internen Ratifizierungsprozesse durchlaufen.*

*Im Interesse einer Vereinheitlichung des Austauschs von Informationen, Dokumenten und Notifikationen kamen die Parteien überein, eine von der OSZE bereitgestellte*

*gemeinsame Software in englischer Sprache zu verwenden. Der Integrationsprozess ist nahezu abgeschlossen.*

**Israel.** Die OSZE-Teilnehmerstaaten und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum erörterten am 18. und 19. Dezember auf einer Tagung in Tel Aviv Fragen der Bekämpfung von Intoleranz und der Förderung der gegenseitigen Achtung.

Ermutigt durch den Amtierenden Vorsitzenden war Israel zum ersten Mal seit 1996 Gastgeber eines *Mittelmeerseminars*, der dreizehnten derartigen Veranstaltung. Auf dem *Seminar* waren 34 Teilnehmerstaaten und sechs Kooperationspartner vertreten, unter ihnen die Mittelmeerpartner Ägypten, Jordanien und Israel.

Thema des *Seminars* waren die OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf Toleranz sowie die Instrumente und Mechanismen der Organisation, die ihre Umsetzung erleichtern sollen. Erörtert wurden ferner die Förderung der Achtung für kulturelle und religiöse Vielfalt und die Erleichterung des Dialogs, Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen, Migranten und anderen Gruppen und schließlich die Rolle der Frauen, Lehrer und Medien im Kampf gegen Gewalt.

### ***Engagement für Zentralasien***

*Da mit der Globalisierung Sicherheitsanliegen verbunden sind, war der spanische Vorsitz entschlossen, die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten der OSZE enger in die Arbeit der Organisation einzubeziehen. Der Vorsitz ist überzeugt, dass die aktive Mitarbeit der zentralasiatischen Staaten wichtig für die Erhöhung der Sicherheit in der Region und in der gesamten OSZE ist.*

*Der Amtierende Vorsitzende besuchte die Teilnehmerstaaten in Zentralasien vom 10. bis 14. April. Er traf mit politischen Spitzenvertretern in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zusammen. Er rief zu verstärktem Dialog, zu engeren Beziehungen und einer Erweiterung der Aktivitäten auf.*

*Der Amtierende Vorsitzende begrüßte die geleistete Arbeit. Neben den Beschlüssen des Ministerrats zum benachbarten Afghanistan bzw. zur künftigen Vorsitzführung durch den zentralasiatischen Staat Kasachstan konnte der Vorsitz in verschiedenen Ländern in mehreren Bereichen einiges erreichen.*

*Tadschikistan, das dieses Jahr den 10. Jahrestag des Friedensabkommens feierte, das den Bürgerkrieg im Land beendete, beschreitet weiter den Weg der Stabilität. Am 27. März führte eine OSZE-Arbeitsgruppe für Tadschikistan in Duschanbe eine Erhebung der Bedürfnisse und Prioritäten Tadschikistans und eine Beurteilung der Aktivitäten der OSZE durch. Im Zuge ihrer Arbeit, die vom Außenministerium als „historisch“ und „außerordentlich konstruktiv“ bezeichnet wurde, ermittelte die Arbeitsgruppe verschiedene Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit, etwa im Bereich Grenzmanagement und Grenzsicherung. Tadschikistan veranstaltete am 23. und 24. Oktober in Duschanbe ein OSZE-Seminar über den Transitverkehr durch Zentralasien.*

*Auch Usbekistan leistete dieses Jahr einen wichtigen Beitrag zur OSZE: Es veranstaltete im Oktober eine Konferenz in Taschkent über den Einsatz kostengünstiger*

*Technologien für die Verbesserung der Wasser- und Bodenbewirtschaftung in Zentralasien. Die Teilnehmer behandelten Themen wie Bewässerung, Wasseraufbereitung und -entsalzung, die optimale Kombination von Stromerzeugung und Wasserbewirtschaftung, die Verbesserung der Sicherheit von Dämmen und Hochwasserschutzbauten sowie Umweltsicherheit und nachhaltige Entwicklung im Einzugsgebiet des Aralsees.*

### **Befassung mit Langzeitkonflikten**

Der Amtierende Vorsitzende bemühte sich, jene Hindernisse zu beseitigen, die eine Versöhnung zwischen den Gemeinschaften in Konfliktgebieten bisher unmöglich gemacht haben, doch gelangte er unmittelbar nach Amtsübernahme zu der Erkenntnis, dass die entsprechende politische Entschlossenheit der Beteiligten durch nichts ersetzt werden kann. Der Vorsitz betonte die Notwendigkeit, einem zukünftigen Frieden schon jetzt durch Bemühungen zur Überwindung von Misstrauen und zur Schaffung einer Plattform für den Frieden den Weg zu bereiten.

Der Amtierende Vorsitzende stellte sich dieser außerordentlich wichtigen Aufgabe seines Amtes, indem er mit allen Parteien dieser seit Langem schwelenden Konflikte Sitzungen und Konsultationen abhielt und Reisen unternahm, die dem Abbau der Spannungen in diesen Regionen und der Schaffung eines Klimas dienen sollten, das eine Lösung erleichtert. Dabei wurde er neben den jeweiligen Feldoperationen auch vom Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, Andrzej Kasprzyk, dem Sondergesandten Josep Borrell, dem Persönlichen Beauftragten Miomir Zuzul und Botschafter Pons aus dem spanischen Außenministerium unterstützt.

**Moldau.** Kurz nachdem der Vorsitz seine neuen Aufgaben in der OSZE übernommen hatte, begann er sich mit dem Konflikt um die abtrünnige moldauische Region Transnistrien zu befassen. 2007 fanden drei Sitzungen der Vermittler – OSZE, Russische Föderation und Ukraine – und der Beobachter – EU und USA – statt, zwei am 25. Januar bzw. 25. Mai in Madrid und eine am 30. März in Wien.

Im April ersuchte der Amtierende Vorsitzende Botschafter Pons, nach Moldau zu reisen und Gespräche mit den beiden Parteien zu führen. Er selbst begab sich am 7. Oktober für zwei Tage nach Moldau. In seinen Unterredungen mit dem Präsidenten Moldaus, Wladimir Woronin, und anderen hochrangigen Vertretern des Staates fand er lobende Worte für die internen Reformbemühungen Moldaus. Er traf auch mit der Führung der transnistrischen Region in Tiraspol zusammen. Dabei betonte er, der freie Güter-, Personen- und Dienstleistungsverkehr über den Dnjestr/Nistru müsse unbedingt gewährleistet sein.

Im weiteren Verlauf des Monats erklärten die Vermittler und die Beobachter, der Besuch des Amtierenden Vorsitzenden habe die Chancen einer Wiederaufnahme der Gespräche mit den Parteien vor dem Madrider Ministerratstreffen erhöht, und es kam zu einem inoffiziellen Treffen in Odessa zwischen den Verhandlungsführern der Parteien, den Vermittlern und den Beobachtern. Die Vermittler und die Beobachter würdigten die Anstrengungen Moldaus um eine Lösung allgemeiner sozio-ökonomischer Probleme und begrüßten die Verlängerung des Registrierungssystems für transnistrische Unternehmen bis Ende 2008. Ferner vermerkten sie mit Befriedigung,

dass die transnistrische Führung bestimmte Güter von jenseits des Flusses zollfrei gestellt hat.

**Der Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, der sogenannte Konflikt um Berg-Karabach.** Der Amtierende Vorsitzende und sein Persönlicher Beauftragter, Botschafter Andrzej Kasprzyk, unterstützten das ganze Jahr hindurch die Bemühungen der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe – Frankreich, Russische Föderation und USA – um eine friedliche Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach. Der Amtierende Vorsitzende traf drei Mal mit den Kovorsitzenden in Madrid zusammen und führte wiederholt Gespräche mit den Ministern für auswärtige Angelegenheiten Armeniens und Aserbaidschans.

Am 4. und 5. Juni besuchte der Amtierende Vorsitzende Aserbaidschan und Armenien. In beiden Ländern kam es zu Begegnungen mit hochrangigen Vertretern des Staates und der Zivilgesellschaft. Er stellte fest, dass dank der intensiven Vermittlungsbemühungen der Kovorsitzenden ein Rahmenabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan für eine friedliche Beilegung näher gerückt sei.

Am 8. November informierten die Kovorsitzenden den Ständigen Rat, dass das Wahljahr 2008 voraussichtlich kein Jahr des Müßiggangs sondern vielmehr ein Jahr intensiver Arbeit mit den beiden Parteien an den endgültigen Grundprinzipien für die Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach sein werde. Sie trafen am 14. November mit dem Amtierenden Vorsitzenden in Madrid zusammen. Auf dem Madrider Ministerratstreffen verabschiedeten die Minister eine Erklärung zu dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, d. h. zum Konflikt um Berg-Karabach. Der russische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Sergei Lawrow, der französische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Bernard Kouchner, und der Stellvertretende US-Außenminister Nicholas Burns übergaben den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans offiziell einen Grundsatzkatalog mit dem Titel *Basic Principles for the Peaceful Settlement of the Nagorno-Karabakh Conflict* zur Weiterleitung an die Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans.

### **Die Hochrangige Planungsgruppe**

*Die aus Militärexperten zusammengesetzte Hochrangige Planungsgruppe (HLPG) wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen mit dem Auftrag eingerichtet, Pläne für den Einsatz einer möglichen Friedenstruppe in dem Gebiet, das vom Konflikt betroffen ist, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, auszuarbeiten. Der spanische Vorsitz bestellte Oberst Santiago Rodriguez Santafe von den spanischen Streitkräften zum Leiter der HLPG. Dieser trat sein Amt am 1. Januar an.*

*Angesichts des ungewissen Verlaufs des Verhandlungsprozesses befasste sich die HLPG dieses Jahr – entsprechend einer neuen Direktive des Amtierenden Vorsitzenden, die dieser Anfang des Jahres herausgegeben hatte, – vorwiegend mit der Ausarbeitung von Strategien. Sie aktualisierte ihren Plan für die Rekrutierung von zusätzlichem Personal im Krisenfall. Personal der HLPG nahm zwei Mal an der Überwachung der Kontaktlinie teil.*

*Die HLPG versorgte mehrere Delegationen mit Informationen, hielt Kontakt mit anderen internationalen Organisationen, einschließlich der Hauptabteilung*

*Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen und der Nordatlantikvertrags-Organisation, und nahm an Schulungen und internationalen Konferenzen teil.*

**Der georgisch-ossetische Konflikt.** Den Großteil des Jahres hindurch herrschten in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts erhebliche Spannungen. Der Amtierende Vorsitzende versuchte nach Kräften, diese Spannungen durch positiven Dialog zu entschärfen. Am 13. Januar erörterte der EU-Sonderbeauftragte, Botschafter Peter Semneby, in Madrid mit dem Amtierenden Vorsitz die Strategie der EU in diesem Konflikt. Der Stellvertretende Ministerpräsident und der Minister für Konfliktlösung Georgiens führten am 6. bzw. 16. März Gespräche mit dem Amtierenden Vorsitzenden in Madrid. Der Amtierende Vorsitz nahm am informellen Treffen der Gemeinsamen Kontrollkommission vom 23. und 24. März in Istanbul teil. Am 15. Mai und 3. September traf der Amtierende Vorsitzende in Brüssel mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Georgiens zusammen.

Als die Spannungen weiter zunahmen, nachdem im August im südöstlichen Teil der Konfliktzone eine nicht explodierte Lenkrakete gefunden worden war, bot der Amtierende Vorsitzende den Ministern für auswärtige Angelegenheiten Georgiens und der Russischen Föderation in einem Telefongespräch die Hilfe der OSZE bei der Untersuchung des Zwischenfalls an.

*„Der einzige Weg zum Frieden in der Region Zchinwali/Südossetien ist derselbe, den wir für die gesamte Bevölkerung Georgiens sehen: Wir müssen das Versprechen von der Freiheit des Einzelnen, wirtschaftlichen Chancen, der Lebensqualität und der Sicherheit des Menschen einlösen. Ich glaube, damit würden wir in jenem Geist handeln, in dem die OSZE gegründet wurde.“*

– Georgiens Minister für auswärtige Angelegenheiten, Gela Beschuaschwili, am 14. Juni im Ständigen Rat

Vom 20. bis zum 24. August führte der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, Mimir Zuzul, in Tiflis und Moskau Gespräche über diesen Zwischenfall. Der Amtierende Vorsitzende informierte am 3. und 4. September Präsident Micheil Saakaschwili in Georgien über den Bericht des Persönlichen Beauftragten über den Zwischenfall. Er machte deutlich, dass die Spannungen niemandem nützen und die ganze Region in Mitleidenschaft ziehen. Die OSZE werde alles Notwendige unternehmen, um ein Klima der Verständigung zwischen Georgien und Russland zu fördern.

Nach der Mission des Persönlichen Beauftragten schlug der Vorsitz einen zukunftsorientierten Ansatz vor, der vor allem vorbeugende und vertrauensbildende Maßnahmen vorsieht. So befürwortete der Amtierende Vorsitzende die vorgeschlagene Aufstockung des Beobachtungspersonals der OSZE-Mission, um die georgisch-ossetische Konfliktzone besser überwachen zu können. Der Lenkungsausschuss für das unter OSZE-Führung stehende *Wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm* in der georgisch-ossetischen Konfliktzone und benachbarten Gebieten hielt äußerst erfolgreiche Sitzungen in Wien und Georgien ab. Das *Programm* führte mehrere Projekte durch.

Ein Querschnitt durch die Dimensionen – das Erreichte nach Themen

## **Die politisch-militärische Dimension**

Die Arbeit in der politisch-militärischen Dimension hatte für den spanischen Vorsitz hohen Stellenwert.

**Das Forum für Sicherheitskooperation.** Das Madrider Ministerratstreffen verabschiedete den *Beschluss Nr. 3 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen*. Es war dies der erste umfassende *Beschluss* dieser Art über das Forum und ein weiterer Erfolg des Ministerratstreffens. Dieser *Beschluss* wird 2008 die Grundlage für die Arbeit des Forums bilden. Spanien, das in der ersten Sitzungsperiode 2008 den Vorsitz im Forum führen wird, hofft, dass dieser *Beschluss* dem Forum dabei helfen wird, seine Rolle als eines der Beschlussfassungsorgane der Organisation besser auszufüllen.

In dem *Beschluss* wurde bekräftigt, dass die Teilnehmerstaaten sicherstellen werden, dass ihre Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Sicherheitskooperation und Konfliktverhütung im Forum kohärent und miteinander verknüpft sind und einander ergänzen.

Er enthielt außerdem eine Bezugnahme auf einen *Beschluss* aus dem Jahr 2001, in dem das Forum für Sicherheitskooperation beauftragt wurde, sich mit jenen Aspekten neuer Herausforderungen an die Sicherheit auseinanderzusetzen, die unter sein Mandat fallen, und seine Aktivitäten dementsprechend dem neuesten Stand anzupassen.

Der Ministerrat äußerte den Wunsch, auf folgenden OSZE-Dokumenten weiter aufzubauen: der *Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert*, dem *Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen*, dem *Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition*, dem *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* und den im Rahmen des Forums verabschiedeten einschlägigen Beschlüssen.

Die Minister anerkannten das Sicherheitsrisiko, das das Vorhandensein von Lagerbeständen überschüssiger bzw. zur Zerstörung anstehender konventioneller Munition, Sprengstoffe und Zündmittel, einschließlich flüssigen Raketentreibstoffs, in einigen Teilnehmerstaaten des OSZE-Raums darstellt, und bekräftigten ihre Entschlossenheit, Teilnehmerstaaten auch weiterhin Hilfestellung bei der Zerstörung ihrer Lagerbestände bzw. bei der Verbesserung der Verwaltung von Lagerbeständen und der Sicherheitsvorkehrungen zu leisten. Diese Bereitschaft kam auch in einer Parallelveranstaltung des Ministerratstreffens zum Ausdruck, die vom dänischen Vorsitz des Forums geleitet wurde.

Die Minister zeigten sich auch entschlossen, die Umsetzung der bestehenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Rahmen des *Wiener Dokuments 1999* unter Berücksichtigung der sich ändernden Art der Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum ebenso wie die Umsetzung des *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* weiter zu verstärken.

**Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz.** Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz befasste sich dieses Jahr mit Herausforderungen im Sicherheits-

bereich und mit Fragen der Entwicklung eines kohärenten Ansatzes für die OSZE-Aktivitäten in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktlösung, Krisenmanagement und Krisennachsorge. Sie machte sich außerdem ein Bild von der Umsetzung der *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert*.

**Dialog über Sicherheitsfragen.** Ein weiteres wichtiges Ziel des Vorsitzes in dieser Dimension war die Intensivierung des Dialogs innerhalb der OSZE zu sämtlichen Sicherheitsfragen im OSZE-Raum. Er sah in gemeinsamen Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation den geeigneten Rahmen für die Erörterung dieser Angelegenheiten. Der Vorsitz stellte dabei einige Auffassungsunterschiede fest, war aber, trotz Fragen von einigen Seiten, dennoch der Meinung, dass die politisch-militärische Dimension nach wie vor ein wirksames Instrument zur Festigung der Sicherheit im OSZE-Raum darstellt.

So verlangte zum Beispiel Russland zu Beginn des Jahres eine Erörterung über einen Vorschlag der USA betreffend Raketenabwehr. Russland erklärte ergänzend, es halte es für angebracht, seine Verpflichtungen aus dem *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)*, der eine Verringerung der konventionellen militärischen Arsenale der NATO- und ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten vorsieht, einzufrieren. Der *KSE-Vertrag* wurde parallel zu den Treffen der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – dem Vorgänger der OSZE – über vertrauensbildende Maßnahmen ausgehandelt.

*„Es ist offensichtlich, dass das weitere Schicksal des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und jenes der Raketenabwehr sehr spezifische Fragen sind, die direkten Einfluss auf die europäische Sicherheit und auf die Sicherheit in der gesamten euro-atlantischen Region haben.“*

– Russlands Minister für auswärtige Angelegenheiten, Sergei Lawrow, am 23. Mai im Ständigen Rat

Die Russische Föderation, ein Unterzeichnerstaat des Vertrags, berief im Juni eine *Außerordentliche Konferenz der Vertragsstaaten der KSE-Vertrags* in Wien mit der Begründung ein, die NATO verzögere die Ratifizierung des 1999 unterzeichneten *Anpassungsübereinkommens*. Eine ganze Reihe von Staaten hatte erklärt, sie beabsichtigten, den *angepassten KSE-Vertrag* zu ratifizieren, sobald die Verpflichtung zum Abzug der russischen Streitkräfte und Munition aus Georgien und Moldau erfüllt sei. In der Folge setzte Russland seine Teilnahme am *KSE-Vertrag* aus.

**Der Sicherheitsausschuss.** Der neu geschaffene Sicherheitsausschuss des Ständigen Rates leistete hervorragende Arbeit: er wies Aufgaben zu und trieb die Arbeit zu nichtmilitärischen und politischen Aspekten der Sicherheit voran.

Grundlage des Arbeitsprogramms des Ausschusses war ein Dokument mit den Vorstellungen des Vorsitzes zu folgenden Schwerpunkten: Bekämpfung des Terrorismus, Grenzmanagement und -sicherung, Polizeiarbeit, Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und den illegalen Drogenhandel sowie Vorbereitungen für die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2007*. Der Ausschussvorsitzende und Ständige Vertreter der Slowakei, Botschafter Peter Lizák, stellte den Teilnehmer-

staaten auf der letzten Ausschusssitzung am 6. Februar konkrete Ziele und Prioritäten vor.

Der Sicherheitsausschuss hielt 2007 13 Sitzungen ab und befasste sich vor allem mit folgenden Themen:

- Umsetzung des vom Ständigen Rat im Dezember 2006 in Brüssel verabschiedeten OSZE-Arbeitsprogramms für das Jahr 2007 zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus sowie Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bei der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, mit Unterstützung der Gruppe Terrorismusbekämpfung und des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte
- Maßnahmen aufgrund des *Beschlusses* des Ständigen Rates mit Richtlinien für das OSZE-Netz nationaler Anlaufstellen für Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements sowie die Umsetzung des 2005 verabschiedeten OSZE-Konzepts für Grenzsicherung und -management, mit Unterstützung des Konfliktverhütungszentrums
- Maßnahmen aufgrund des *Beschlusses* des Ständigen Rates über die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung
- Maßnahmen aufgrund der Bestimmungen und Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten aus *Beschluss Nr. 5* des Brüsseler Ministerratstreffens über *organisierte Kriminalität* sowie Maßnahmen aufgrund der *Erklärung* des Ministerrats von Brüssel zu *Systemen der Strafrechtspflege*
- Maßnahmen in Fortführung der polizeibezogenen OSZE-Aktivitäten, darunter Bemühungen um Ausarbeitung eines OSZE-Rahmens für bürgerorientierte Polizeiarbeit, mit Unterstützung der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten
- OSZE-Aktivitäten betreffend die Sicherheitssektorgovernance/-reform, über die dem Ministerrat in Madrid ein endgültiges Dokument vorgelegt werden sollte
- Tagesordnung, Zeitplan und Organisation einer Arbeitstagung über Ansätze für die Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit der Seegrenzen unter Einbeziehung aller drei OSZE-Sicherheitsdimensionen, gemäß dem *Beschluss* des Ständigen Rates
- Vorbereitung der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* vom 19. und 20. Juni unter Berücksichtigung des Beitrags des Forums für Sicherheitskooperation

Der Sicherheitsausschuss bereitete die folgende vom Madrider Ministerrat verabschiedete Erklärung bzw. die folgenden Beschlüsse vor: *Ministererklärung über die Unterstützung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus*, *Beschluss Nr. 5 über öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus* und *Beschluss Nr. 6 über den Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen*.

Der Ausschuss bereitete ferner zwei Beschlüsse vor, die später vom Ständigen Rat verabschiedet wurden: einen über die Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen transnationale organisierte Kriminalität* und einen weiteren über den Kampf gegen die Bedrohung durch illegale Drogen und Vorläufersubstanzen.

Der Ausschuss leistete einen Beitrag zur Arbeitsunterlage mit den Vorstellungen des Vorsitzes über die grundlegenden Normen und Prinzipien der OSZE im Bereich der Sicherheitssektorgovernance/-reform, die während des Madrider Ministerratstreffens herausgegeben wurde.

Der Vorsitz des Ausschusses setzte sich auch für eine Zusammenarbeit mit dem Forum in Fragen von beiderseitigem Interesse ein, die über die militärische Dimension hinausgehen. Im Verlauf des Jahres fanden zu mehreren Fragen Konsultationen mit den Forumsvorsitzenden Zypern, Kroatien und Dänemark über diese Zusammenarbeit statt. Bei gemeinsamen Sitzungen des Forums und des Ständigen Rates bot sich die Gelegenheit, dimensionenübergreifende Fragen mit Beiträgen des Sicherheitsausschusses zu behandeln.

**Bekämpfung des Terrorismus.** Unter spanischem Vorsitz bot die OSZE den Teilnehmerstaaten wie bisher Hilfe bei der Umsetzung internationaler Vereinbarungen und Übereinkommen an, etwa der Resolution 1373 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, einer weitreichenden Resolution über die Bekämpfung des Terrorismus, und des internationalen rechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus.

Die wichtigsten Aktivitäten der OSZE 2007 im Bereich Terrorismusbekämpfung waren die *Arbeitstagung über die Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen mit Terrorismusbezug*, die *Arbeitstagung über die Umsetzung des Ministerratsbeschlusses Nr. 7/03 über die Sicherheit von Reisedokumenten*, das *Hochrangige Treffen über Terrorismusopfer* und die *Politische Konferenz über die Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor* bei der Terrorismusbekämpfung.

Gemeinsam mit der OSZE-Gruppe Terrorismusbekämpfung organisierte der Vorsitz eine Konferenz über die *Partnerschaft zwischen staatlichen Behörden, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft bei der Terrorismusbekämpfung*, auf der festgestellt wurde, dass der Kampf gegen den Terrorismus ebenso viele Dimensionen erfassen müsse wie die Bedrohung selbst. Während die Regierungen im Kampf gegen den Terrorismus auf Diplomatie, Strafverfolgung und Militäreinsätze setzen, betonten die Konferenzteilnehmer, dass der private und der zivile Sektor für die Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, die Herbeiführung von raschen Veränderungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Minderheiten und den Einsatz von Technologie zur Kontaktaufnahme mit der Jugend von größter Bedeutung sind. Die Konferenz fand am 31. Mai und 1. Juni in Wien statt.

Das *Hochrangige Treffen 2007 über Terrorismusopfer*, das vom Vorsitz gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte organisiert wurde, stellte fest, dass die Solidarität mit den Opfern des Terrorismus mehr bedeuten müsse als lediglich die Berücksichtigung der körperlichen und seelischen Bedürfnisse der Opfer. Die Diskussionen auf der Konferenz, die am 13. und 14. September in Wien unter Beteiligung von rund 200 Regierungsvertretern, Juristen und Vertretern der

Zivilgesellschaft stattfand, betrafen im Wesentlichen die Opfer, Opferhilfeprogramme, die Rolle des Opfers in Gerichtsverfahren und die Rolle der Zivilgesellschaft.

Eine weitere wichtige Veranstaltung war die *OSZE-Expertenkonferenz gegen die Bedrohung durch illegale Drogen*.

**Polizeiarbeit.** Der Vorsitz und die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten des Sekretariats veranstalteten am 8. und 9. Mai in Madrid eine Arbeitstagung über die Rolle der Polizei und die Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Teilnehmer stellten fest, dass in Fragen der Polizeiarbeit in der Gesellschaft ein ganzheitlicher Ansatz in Form bürgerorientierter Polizeiarbeit ebenso notwendig ist wie eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Nachrichtendiensten.

Ein weiteres erfolgreich durchgeführtes und vom Vorsitz finanziertes Projekt war die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwälten und Richtern in Albanien und Montenegro bei Ermittlungen in Sachen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Das Projekt trug maßgeblich zu einer besseren Koordination in der Strafrechtspflege und des internationalen Kampfes gegen die organisierte Kriminalität bei.

Gemeinsam mit der Gruppe organisierte der Vorsitz am 5. und 6. Juni in Madrid eine Arbeitstagung über ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen der Polizei. Über 25 Delegationen diskutierten über geeignetere Methoden zur Rekrutierung und Förderung von Frauen mit dem Ziel, eine demokratischere Polizei zu schaffen, in der mehr Chancengleichheit herrscht.

Um Rechtspraktiker in die Lage zu versetzen, sich bewährte Praktiken in der Verfolgung und Verurteilung von Straftätern anzueignen, setzte der spanische Vorsitz die Arbeit des belgischen Vorsitzes fort und sorgte für die Übersetzung, den Druck und die Verteilung eines *Reference Guide on Criminal Procedure*, der in Astana vorgestellt wurde.

Der Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Internet und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, nichtstaatlichen Organisationen und der Privatwirtschaft waren das Thema einer Arbeitstagung am 20. und 21. September in Wien, die zum Teil vom Vorsitz finanziert wurde.

### **Die Wirtschafts- und Umweltdimension**

Der spanische Vorsitz setzte sich für ein deutlicheres Profil für die Frage der Umweltsicherheit im OSZE-Raum ein. Er widmete sich insbesondere dem Problem der Bodenverschlechterung und -kontamination sowie der Notwendigkeit einer sparsamen und effektiven Nutzung der Ressource Wasser.

Der Vorsitz ist der Überzeugung, dass wir uns mit der Zerstörung der Ökosysteme auseinandersetzen müssen, wenn es uns gelingen soll, die daraus folgenden Bedrohungen für die Sicherheit abzuwenden, nämlich Armut und umweltbedingte Migration. Auch die gerechte, vernünftige und effektive Bewirtschaftung der

zunehmend knappen Ressource Wasser ist ein Schlüssel zu regionaler Sicherheit in einem Gebiet, in dem rund 180 Gewässer Landesgrenzen überschreiten.

### ***Sondierung von Möglichkeiten***

*Anlässlich des internationalen Tages der Umwelt am 5. Juni besuchten über 40 OSZE-Delegierte die österreichische Stadt Güssing, die ihre Energie ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern bezieht.*

*Die Delegation besichtigte eine Biogasanlage, eine Photovoltaic-Anlage und eine Solarschule. Güssing liefert ein Beispiel für machbare, kosteneffektive und umweltverträgliche Technologien für die erfolgreiche Reduzierung der Kohlendioxidemissionen, einer kritischen Herausforderung unserer Zeit, und die Teilnehmer diskutierten über die mögliche Übertragung des Energiekonzepts der Stadt auf andere Länder.*

*Der Besuch wurde durch die Unterstützung des spanischen Vorsitzes, der Republik Österreich und des Europäischen Zentrums für erneuerbare Energie in Güssing möglich gemacht.*

Die wichtigste jährliche Veranstaltung in der zweiten Dimension ist das *Wirtschafts- und Umweltforum*. Das 15. Forum fand in zwei getrennten Tagungen statt, die erste am 22. und 23. Januar in Wien und die zweite vom 21. bis 23. Mai in Prag. Vorbereitungskonferenzen wurden im November 2006 in Bischkek (Kirgisistan) und im März in Saragossa (Spanien) abgehalten.

Die Teilnehmer an der Saragossa-Konferenz diskutierten Fragen der internationalen Zusammenarbeit in der nachhaltigen Wasserbewirtschaftung, einem Bereich, in dem die OSZE über beträchtliches Fachwissen verfügt. Die Teilnehmer wurden über die bevorstehende Weltausstellung 2008 mit dem Leitthema *Wasser und nachhaltige Entwicklung* informiert. Diese Veranstaltung, die ebenfalls in Saragossa stattfindet, wird die bisher größte zu diesem Thema sein. Auch der erste OSZE-Beschluss auf Ministerebene über Wasser geht auf diese Konferenz zurück.

Die OSZE unterstützt die Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer durch Aktivitäten im Einzugsgebiet der Flüsse Save, Dnjestr, Tschu-Talas und Kura-Arax und könnte gegebenenfalls auch Kooperationsprojekte zum Thema Wasser zwischen Tadschikistan und Afghanistan am Fluss Amu-Darja in ähnlicher Weise unterstützen.

Das Thema des 15. Wirtschafts- und Umweltforums lautete: Maßgebliche Herausforderungen bei der Gewährleistung der Umweltsicherheit und der nachhaltigen Entwicklung im OSZE-Raum – Bodenverschlechterung, Bodenkontamination und Wasserbewirtschaftung.

Auf der Tagung im Januar besprachen über 250 politische Entscheidungsträger, hochrangige Experten und Vertreter der 56 Teilnehmerstaaten der OSZE Methoden der Zusammenarbeit und Koordination der Bemühungen zur Verringerung von Umweltschäden. Sie befassten sich mit Armut und umweltbedingter Migration, den negativen Auswirkungen der Bodenverschlechterung und der Bodenerosion auf die Bevölkerung. Sie stellten auch Überlegungen darüber an, wie ein Gleichgewicht zwischen

Wirtschaftswachstum und der Nutzung natürlicher Ressourcen gefunden werden kann.

Im Mai befasste sich die Konferenz mit Bedrohungen der Umweltsicherheit, in dem Bestreben, Bedrohungsängste in Maßnahmen zur Förderung der Stabilität umzuwandeln. Die 300 Entscheidungsträger, Experten und offiziellen Vertreter aus über 60 Ländern waren sich darin einig, dass die Zusammenhänge zwischen Umweltverträglichkeit und Sicherheit weiter untersucht werden müssen. Der Vorsitz sieht hierin den klaren Auftrag an die OSZE, verstärkt in diesem Bereich tätig zu werden. Die beiden Tagungen des *Forums* lieferten Beiträge zur *Madrider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit*.

### ***Schulung von Diplomaten in Umweltfragen***

*Delegierte des neuen Ausschusses für Wirtschaft und Umwelt des Ständigen Rates wurden am 19. und 20. Oktober in Wien in Umweltdiplomatie geschult.*

*Die 21 Teilnehmer erhielten eine Unterweisung in der Geschichte des internationalen Umweltrechts und den mit seiner Anwendung verbundenen Zwängen. Sie untersuchten die typischen Verhandlungspositionen von Regierungen und Industrievertretern, die in der Regel dem rasch erzielbaren Nutzen den Vorzug gegenüber dem Umweltschutz oder der sozialen Gerechtigkeit geben. Sie setzten sich mit den Auswirkungen der Umweltdiplomatie auf die Sicherheit auseinander, wobei ihre besondere Aufmerksamkeit der Energiesicherheit galt, und führten abschließend eine simulierte Verhandlungsübung durch.*

*„Dieser Kurs ist eindeutig eine gute Initiative, da Diplomaten technische Hintergrundinformationen über Fragen wie Umwelt und Sicherheit benötigen, die in der Außenpolitik noch an Bedeutung zunehmen werden,“ sagte ein Teilnehmer.*

*Der Kurs wurde vom spanischen Vorsitz, dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und anderen Sekretariatsabteilungen, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Universität Genf, dem Partner von UNEP im Schulungsprogramm für Umweltdiplomatie, organisiert und vom spanischen Vorsitz finanziert.*

Im Anschluss an das *Forum* organisierten der Vorsitz und das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE mit Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft und Wasserressourcen Usbekistans eine Konferenz über die Herausforderungen für die zentralasiatische Region in Bezug auf die Bodenverschlechterung und Bodenkontamination und den Technologietransfer in diesen Bereichen.

In Übereinstimmung mit dem vom spanischen Vorsitz für 2007 verkündeten Arbeitsschwerpunkt Wasser beschlossen die Teilnehmerstaaten, dass sich das *16. Wirtschafts- und Umweltforum* der Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt im OSZE-Raum widmen wird. Die erste Vorbereitungskonferenz fand im September in Helsinki statt.

Im wirtschaftlichen Bereich führte die OSZE den Themenschwerpunkt Verkehr des Vorsitzes 2006 weiter. Im Oktober veranstaltete sie eine Konferenz in Duschanbe über die Aussichten für die Entwicklung transasiatischer und eurasischer Transitverkehrswege durch Zentralasien bis zum Jahr 2015. Die daran teilnehmenden zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan und Mongolei gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie sich zur Vertiefung des Dialogs und zu mehr Transparenz in Transit- und Grenzfragen verpflichteten. Sie sagten ferner zu, dass sie danach trachten werden, die negativen Auswirkungen des Transits auf die Umwelt zu verringern.

Am 12. und 13. Dezember wurde in Rabat (Marokko) die arabische Fassung des *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies* vorgestellt. Dieses *Handbook* wurde gemeinsam von der OSZE, der internationalen Organisation für Migration und der Internationalen Arbeitsorganisation herausgegeben und vom spanischen Vorsitz finanziert. Es beschreibt Methoden zum effektiven Umgang mit der Zuwanderung.

### **Die menschliche Dimension**

Themenschwerpunkt des spanischen Vorsitzes war die Bekämpfung von Intoleranz und die Ermutigung zur Teilnahme an pluralistischen Gesellschaften. Zur Unterstützung dieser Ziele führte er zwei neue Veranstaltungen ein.

Die erste, eine Konferenz über die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung vor allem gegenüber Muslimen, richtete sich gegen das, was der Amtierende Vorsitzende in seiner Rede vom 11. Januar im Ständigen Rat als ein „beunruhigendes“ Problem bezeichnete hatte. Die zweite, das erste Jugendforum, das die OSZE je veranstaltet hat, sollte die Generationen nach Helsinki für die Verteidigung und die Förderung der OSZE-Prinzipien und -Werte mobilisieren und aufzeigen, wie die Kreativität, Spontanität und Wandlungsfähigkeit junger Menschen die OSZE-Bemühungen um die Schaffung demokratischer und pluralistischer Gesellschaften unterstützen können.

### **Intoleranz gegenüber Muslimen am Pranger**

Die vom OSZE-Vorsitz veranstaltete *Konferenz über Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen* untersuchte die Ursachen von diskriminierendem Verhalten und bemühte sich um Lösungen. Die 417 Teilnehmer aus Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner, aus anderen internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen sowie Experten für Muslime in der Gesellschaft und Toleranz untersuchten konkrete Fragen wie etwa, inwieweit Bildung mithelfen kann, Intoleranz zu überwinden, oder welche Lehren aus der Arbeit von Gemeinschaften zur Bekämpfung von Diskriminierung gezogen werden können. 111 Journalisten berichteten über die *Konferenz*.

Im Rahmen ihrer Arbeit gegen Intoleranz und Diskriminierung nahmen auch die drei für diese Bereiche zuständigen Persönlichen Beauftragten des Vorsitzenden an der Konferenz teil. Anastasia Crickley, die Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, befasst sich auch mit Fragen der Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen

anderer Religionen. Gert Weisskirchen ist der Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung von Antisemitismus.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen, Botschafter Ömur Orhun, berichtete der Konferenz, dass sich das Umfeld, in dem Muslime leben, seit dem 11. September erheblich verschlechtert habe. Oft werde der sogenannte islamische Terrorismus oder islamische Extremismus fälschlicherweise als Quelle allen Übels dargestellt, wodurch Vorurteile noch fester verankert werden.

Die *Konferenz* fand am 9. und 10. Oktober in Córdoba statt, einer Stadt, die auf eine lange Tradition der gegenseitigen Achtung und der Koexistenz (oder *convivencia*) von Muslimen, Juden und Christen zurückblickt. Die *Konferenz* nahm Bezug auf die *Beschlüsse* der Ministerratstreffen von Porto und Sofia sowie auf frühere Konferenzen, etwa die Konferenz über Antisemitismus aus dem Jahr 2005, die ebenfalls in Córdoba stattfand.

Sie setzte auch die Arbeit der hochrangig besetzten Konferenz über die Bekämpfung der Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander vom 7. und 8. Juni in Bukarest fort, die ihrerseits an die Konferenz von Córdoba über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz anknüpfte. Der Amtierende Vorsitzende erklärte, die Konferenz von Bukarest habe das unerschütterliche Bekenntnis der OSZE zur Förderung der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit gezeigt.

*„Wir werden Mittel und Wege finden müssen, wie von dieser Geisteshaltung (der Toleranz), deren Vorkämpfer heute Spanien ist, die breite Masse überzeugt werden kann: dass wir zusammen leben müssen, dass der Islam und das Christentum ebenso wie alle anderen Religionen einschließlich des Judentums der Gottesverehrung dienen und es keinen Grund zur Konfrontation gibt, aber sehr wohl Gründe für gegenseitige Achtung und Toleranz.“*

– Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, Amre Moussa, in seiner Rede auf der Konferenz

In seiner abschließenden *Erklärung* stellte der Amtierende Vorsitzende fest, dass die Verantwortung für die Förderung des interkonfessionellen Dialogs und das Vorgehen gegen Diskriminierung in erster Linie bei den Teilnehmerstaaten liege. Internationale Entwicklungen könnten niemals Intoleranz oder Diskriminierung rechtfertigen. Er rief die muslimischen Gemeinschaften in seiner *Erklärung* auf, sich voll in der Gesellschaft zu engagieren. Bildung, Forschung sowie Rechtsvorschriften und Strafverfolgung hätten eine nützliche Rolle im Kampf gegen Intoleranz zu spielen.

Nichtregierungsorganisationen nahmen an einer Vorbereitungssitzung am 8. Oktober in Jaén sowie an der *Konferenz* selbst teil, auf der sie ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen präsentierten.

## **Mobilisierung der Jugend**

Auf dem Jugendforum wurde festgestellt, dass die Jugend von heute die Werte, Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE mit in eine neue Ära nehmen werde. Die Veranstaltung am 5. und 6. November in Madrid war die Folge eines Beschlusses des Brüsseler Ministerrats, der auf den ganz besonderen Beitrag hinwies, den junge Menschen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung leisten können.

Die 100 Teilnehmer aus 35 Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner befassten sich mit Fragen aus allen drei Dimensionen der Sicherheit der OSZE. In ihrer abschließenden *Madrid Youth Declaration* regten sie an, dass die Teilnehmerstaaten die Arbeit und Ansichten junger Menschen aktiver im Streben der OSZE nach regionaler Sicherheit nutzen sollten.

Konkret wird in der *Erklärung* vorgeschlagen, der Amtierende Vorsitzende möge die Teilnehmerstaaten in Form regelmäßiger Berichte über die Vorstellungen kompetenter junger Menschen informieren, Jugendvertreter gegebenenfalls als Beobachter zu einigen OSZE-Expertentagungen einladen, Jugendinitiativen weiter unterstützen, das Jugendforum in eine jährliche Veranstaltung umwandeln und die Perspektiven der Jugend in der Entscheidungsfindung in Betracht ziehen. Die *Erklärung* enthält auch eine Reihe von nach Dimension gegliederten konkreten Empfehlungen.

*„Dieses Treffen ist wichtig, weil es den zukünftigen Führungspersonlichkeiten Gelegenheit zur Begegnung und zur Erörterung wichtiger Fragen gibt.“*

– Michael Botstein, ein 24-jähriger Student der *Hebrew University* in Jerusalem

*„Auf diesem Treffen führten wir zu verschiedenen Fragen eine offene Diskussion. Wir hatten die Möglichkeit, sie ohne Kritik von den verschiedenen Seiten zu diskutieren.“*

– Igor Pivovar, ein Rechtsanwalt im *NGO Centre for Inter-ethnic research* in Chişinău (Moldau)

Abgesehen von diesen beiden wichtigen Veranstaltungen erstreckte sich die Arbeit der OSZE in der menschlichen Dimension über eine breite Skala von Aktivitäten.

Das erste *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* dieses Jahres widmete sich der Frage, wie die volle Verwirklichung des Rechts auf Vereinigung, friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung gesichert und gefördert werden kann. *Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung: Förderung der vollen und gleichberechtigten Teilnahme an pluralistischen Gesellschaften* am 29. und 30. März in Wien untersuchte, mit welchen Herausforderungen die Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten konfrontiert sind, wenn sie allen Bürgern das gleiche Recht auf freie Äußerung ihrer Meinungen und Interessen sichern wollen, und versuchte Lösungen zu finden, wie Hindernisse überwunden werden können.

Förderung und Schutz der Menschenrechte waren die Schwerpunkte des zweiten *Zusätzlichen Treffens* am 12. und 13. Juli in Wien. Auf dem Treffen wurde die Rolle der nationalen Gerichte, der Zivilgesellschaft und der nationalen Menschenrechtsinstitutionen im Fall von Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten behandelt.

Das dritte und letzte *Zusätzliche Treffen* zum Thema *Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern* setzte sich mit den Gefährdungsfaktoren auseinander, um diese besser verstehen und beseitigen zu können. Es untersuchte überdies Rechtsvorschriften und deren Umsetzung, darunter Gesetze für sozialen Schutz und strafrechtliche Vorschriften, sowie bewährte Praktiken der Prävention und des Schutzes.

*„Wenn ich sehe, was für eine wichtige Arbeit zur Unterstützung von Wahlen, zur Unterstützung der Friedenssicherung, zur Unterstützung der Menschenrechte und zur Unterstützung der Sicherheitsarchitektur, die die Grundlage des entstehenden geeinten, freien und friedlichen Europas bildet, geleistet wird, möchte ich Ihnen versichern, dass die Vereinigten Staaten weiter in dieser Organisation aktiv mitarbeiten werden ... .“*

#### – US-Außenministerin Condoleezza Rice am 31. Mai im Ständigen Rat

Das OSZE-Seminar zur *menschlichen Dimension 2007* im Mai befasste sich mit dem Thema *Wirksame Teilhabe und Vertretung in demokratischen Gesellschaften*, einem Themenschwerpunkt des Vorsitzes. Das *Seminar*, eine Weiterführung der früheren OSZE-Veranstaltungen über Demokratie und Demokratisierung vom Mai 2004 und November 2006, gab Vertretern der Teilnehmerstaaten, von Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft, internationaler Organisationen, der OSZE-Institutionen und -Feldoperationen Gelegenheit zur Erörterung moderner Formen der Teilhabe und Vertretung und zur Sondierung von Methoden zu ihrer Verbesserung.

Das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* fand vom 24. September bis 5. Oktober in Warschau statt. Diese größte Menschenrechtskonferenz in Europa ist auch die einzige derartige Veranstaltung, in der Vertreter der Zivilgesellschaft gleichberechtigt mit Regierungen an einem Tisch sitzen. Zwei Wochen lang erörterten die interessierten Teilnehmer die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Nichtdiskriminierung und andere Menschenrechtsfragen. An dem Treffen nahmen über 1000 Delegierte, darunter 334 Nichtregierungsorganisationen, teil. Dem Thema Gender und Sicherheit war ein eigener Tag des Treffens gewidmet. Weitere ausgewählte Themen waren die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung sowie der OSZE-Aktionsplan für Roma und Sinti. Der Vorsitz organisierte eine Parallelveranstaltung über die *praktische Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit*, die von der spanischen Sonderbotschafterin für Gleichberechtigung der Geschlechter, Aurora Mejía, moderiert wurde.